

Johannes-Maria Lex, Plattform EduCare**Von:** INFORMATIONSDIENST DER PLATTFORM EDUCARE [Informationsdienst@Plattform-EduCare.org]**Gesendet:** Mittwoch, 16. März 2011 00:03**An:** INFORMATIONSDIENST DER PLATTFORM EDUCARE**Betreff:** Sammelmeldung 16.03.2011 - mit allen Informationen zu den Aussagen des Leiters der Vorbereitungsgruppe PÄDAGOGINNENAUSBILDUNG NEU

Plattform EduCare
 elementare und außerschulische Bildung
 Informationsdienst
<http://www.Plattform-EduCare.org>
informationsdienst@Plattform-EduCare.org

Mit heuer bislang **€ 4.065,00** haben Mitglieder, SympathisantInnen und SponsorInnen unsere Arbeit für SIE unterstützt – Danke!

(Stand per 16.03.2011 00:03)

Wir ersuchen alle Mitglieder, EmpfängerInnen des Informationsdienstes und SympathisantInnen, unsere Arbeit für Sie mit einem finanziellen Beitrag zu unterstützen.

JEDE ZUWENDUNG IST FÜR UNS WICHTIG – EGAL IN WELCHER HÖHE!

Ein Richtwert für Private könnte etwa eine Zuwendung von € 50,00 sein: jeder andere Betrag ist uns selbstverständlich Hilfe und herzlich willkommen.

TrägerInnen-Einrichtungen und Institutionen sind ersucht, einen Betrag von € 100,00 aufwärts zu spenden. Auch hier gilt natürlich, dass wir auch über jeden darunter liegenden Beitrag froh sind.

**Konto-Nummer: 09726603500,
 Bankleitzahl: 12000 Bank Austria Unicredit Group,
 IBAN: AT94 1100 0097 2660 3500,
 BIC: BKAUATWW.**

Wir danken Ihnen für Ihr Engagement im Vorhinein sehr herzlich!
 Alle SponsorInnen und die privaten Zuwendungen finden Sie auf unserer [Homepage!](#)

**ÜBERSICHT ÜBER DIE THEMEN DIESER AUSSENDUNG DES
 INF O R M A T I O N S D I E N S T E S
 V O M 16.03.2011 00:03:13**

[TIP-THEMA / MEINUNG / ZUR DISKUSSION](#)

[Kindergarten und Schule: Alle Pädagogen müssen künftig den Master machen](#)

[Berufbegleitend](#)
[Möglichkeit zum Quereinstieg](#)

[PädagogInnen: Bald ein Nine-to-five-Job?](#)

[Plattform EduCare begrüßt die Aussagen des Leiters der Vorbereitungsgruppe zur PädagogInnenausbildung NEU: gleiche Ausbildung für alle PädagogInnen ist großer Fortschritt](#)

[Kernkompetenzen für alle PädagogInnen](#)
[Neue Ausbildungsmodelle sind angedacht und müssen nun umgesetzt werden](#)
[Jetzt ist Zeit, das österreichische Bildungssystem endlich zukunftsfähig zu machen.](#)
[Qualitätsvolle Elementare Bildung braucht angemessene Rahmenbedingungen.](#)
[Bildung ist Zukunft](#)
[Jede Investition in die frühe Bildung ist eine Investition in unsere Zukunft!](#)

Kinderfreunde: Ja zur gemeinsamen PädagogInnenausbildung**ÖH fordert nicht-berufsbegleitenden Master bei PädagogInnenbildung NEU - Qualitätsverlust durch Doppelbelastung Beruf und Master****Walser zu Lehramtsausbildung: Vorschläge der Schnider-Kommission weisen in die richtige Richtung - Grüne verlangen verpflichtenden Master-Abschluss für alle****Herr und Frau Master im Kindergarten. Auch KindergartenpädagogInnen sollen künftig einen Master vorweisen können - Wer die höheren Gehälter bezahlen soll, ist unklar.****Neues Lehrerdienstrecht soll gemeinsam mit der neuen Ausbildung 2012/13 in Kraft treten: Neue Lehrer, neue Bezahlung**

[Mehr Zeit in der Klasse](#)
[Kindergärtnerinnen](#)
[Lehrermangel in Wien](#)

Bildung: Familienverband legt umfassendes Reformpapier vor

[Präsentation des Konzepts "Bildung JETZT!" des Katholischen Familienverbands - Autonomie der Eltern wahren, Niveau der Matura heben](#)
["Bildung jetzt": Familienverband präsentiert Konzept - derStandard.at](#)
[Familienverband für differenziertes Schulsystem - DiePresse.com](#)

Volksbegehren "Österreich darf nicht sitzenbleiben"**BUNDESLÄNDERMELDUNGEN, BUNDESVERFASSUNGSREFORM, VERWALTUNGSREFORM**

[Gesetze Bundesländer](#)
[Bundeskanzleramt RIS Informationsangebote](#)

Krankjammern bringt uns nicht weiter, gesundbeten auch nicht - Diskussion „Reformstau in Österreich“

[Leitl: Reformen, um nicht überholt zu werden](#)
[Vorhandene Reformkonzepte verstauben](#)
[Positive Bewegung](#)
[Androsch: Stillstand überwinden](#)
[„Terror des Status quo durchbrechen“](#)
[Raidl: Regierung blockiert sich gegenseitig](#)
[Extremer Föderalismus als Reformbremser](#)
[Druck auf Politik wichtig](#)
[Konkrete Lösungsvorschläge](#)
[Pöttinger: Politik muss wie Wirtschaft arbeiten](#)
[Auer: Gemeindekooperationen funktionieren](#)
[Scharinger: Schnellere Genehmigungen sind wichtig](#)
[Positives stärker transportieren und Vorbilder schaffen](#)

BURGENLAND

[Meldungen: keine](#)

KÄRNTEN

[Meldungen: keine](#)

NIEDERÖSTERREICH

[Meldungen:](#)
[Polit-Tauziehen um Kindergärten](#)

□BERÖSTERREICH

[Meldungen: keine](#)

SALZBURG

[Meldungen: keine](#)

STEIERMARK

[Meldungen:](#)
[Land Steiermark auf Reformkurs - SPÖ Steiermark](#)
[Grossmann: "Bescheidener" Beitrag](#)
[Kindergarten als einziger großer Brocken](#)
[Details zum Steirer-Sparkurs: Mehr für Feinstaubbekämpfung, weniger für Bildung](#)
[AUFRUF DER PLATTFORM 25 - 25. März 2011, 15.00 Uhr, Südtiroler Platz – Protest gegen Landesbudget in Graz](#)
[Sparbudget: ÖGB ruft zu Protest gegen SPÖ-ÖVP-Paket](#)
[Kindergärten werden "entmannt"](#)

TIROL

[Meldungen: keine](#)

VORARLBERG

Meldungen:

Prävention im Kindergarten und in der Schule

WIEN

Meldungen: keine

INKLUSION, INKLUSIVE PÄDAGOGIK, BEHINDERUNG

Deutschland: Wissenschaftler fordern Inklusion

JUGENDSCHUTZ / JUGENDWOHLFAHRT

Steirisches Sparbudget: Schnitt bei Jugendwohlfahrt

➔ Siehe auch: AUFRUF DER PLATTFORM 25 - 25. März 2011, 15.00 Uhr, Südtiroler Platz – Protest gegen Landesbudget in Graz

PÄDAGOGISCHE HOCHSCHULEN, UNIVERSITÄTEN

Übersicht

Inskription

Kirchliches Lob für neues Masterstudium Erwachsenenbildung

PLATTFORM EDUCARE

Selbstverständnis

Forderungen

Mitglieder

Presse-Aussendungen

WIR DANKEN FOLGENDEN GROSSPENDERN HERZLICH FÜR DIE FINANZIELLE FÖRDERUNG UNSERER ARBEIT FÜR DIE ELEMENTARPÄDAGOGIK

AKTION TAGESMÜTTER KFVT

DIAKONIE - BILDUNG

GEWERKSCHAFT DER GEMEINDEBEDIENTETEN (ÖGB-GDG-KMSFB

HERZ-MARIEN-KLOSTER WIEN

KINDERCOMPANY

KÖCK PRIVATSTIFTUNG

LEBENSILFE ÖSTERREICH

MEDIATION ELISABETH PARTL

MONTESSORIHAUS WIEN-JOANELLIGASSE

MONTESSORIHAUS WIEN-REISNERSTRASSE

NEK - NIEDERÖSTERREICHISCHE ELTERNVERWALTETE KINDERGRUPPEN

PERSONAL- UND ORGANISATIONSENTWICKLUNG IM KINDERGARTEN MAG.^a HEIDI GEKLE-SCHNEEBERGER

WALDORFBUND ÖSTERREICH

WIR DANKEN FÜR ALLE PRIVATEN ZUWENDUNGEN, DIE UNS EINE GROSSE HILFE SIND – BIS HEUTE WURDEN VON MITGLIEDERN UND SYMPATHISANTEN/INNEN INSGESAMT AN UNS ÜBERWIESEN: € 1.295,00,00

WALDORFPÄDAGOGIK

Waldorfschulen: Geliebt, gehasst, umstritten

IMPRESSUM UND HINWEISE

Abmeldung von diesem kostenlosen Service

TOP-THEMA / MEINUNG / ZUR DISKUSSION

Kindergarten und Schule: Alle Pädagogen müssen künftig den Master machen

Entwurf der Arbeitsgruppe: Ausbildung an "Schools of Education" oder neuen Uni-Fakultäten -

Zehn bis zwölf Jahre Übergangszeit

Eine Reform der Lehrerausbildung steht unmittelbar bevor: Auch wenn in der Vorbereitungsgruppe zur neuen Lehrerausbildung noch immer über Details diskutiert wird, sind einige Eckpunkte bereits fixiert. Ziel ist ein "Upgrade für alle", deshalb soll künftig jeder Pädagoge - vom Kindergarten bis zur Schule mit Maturaabschluss - verpflichtend ein Masterstudium abschließen, sagt der Leiter der von Unterrichtsministerin Claudia Schmied (SPÖ) und Wissenschaftsministerin Beatrix Karl eingesetzten Gruppe, Ex-VP-Bundesrat Andreas Schnider. Der Bachelor soll vier Jahre dauern.

"Alle pädagogischen Berufe müssen das gleiche wissenschaftliche Niveau haben", betonte Schnider gegenüber der APA. Deshalb soll ein Teil der Ausbildungsinhalte, der sich durch das gesamte Bachelor-Studium zieht, für alle Pädagogen gleich sein. In den übrigen Bereichen ist die Ausbildung gesplittet, nämlich in die Lehrbefähigung für die Altersgruppe null bis sechs, sechs bis zehn, zehn bis 14 und 14 bis 19 Jahre. Im vierten Jahr soll für alle angehenden Lehrer die verpflichtende Induktionsphase beginnen, in der diese schon an Schulen unterrichten, aber dabei noch von der Ausbildungseinrichtung betreut werden.

Berufbegleitend

Das Masterstudium kann danach direkt an den Bachelor angeschlossen oder aber innerhalb von maximal fünf Jahren berufsbegleitend absolviert werden. Die Lehrer dürfen zwar auch schon mit dem Bachelor unterrichten und sollen auch gleich viel verdienen wie Masterabsolventen - zumindest wenn es nach Schnider geht. Ihr Vertrag ist laut aktuellem Diskussionsstand jedoch befristet und sie sollen stärker unter Beobachtung stehen als Lehrer mit Masterabschluss. Haben die Junglehrer nach fünf Jahren noch immer keinen Master und können auch keine andere wissenschaftliche Weiterentwicklung nachweisen, fliegen sie raus.

Beim Master sind drei verschiedene Modelle angedacht. Fixpunkt dabei ist professionelles Mentoring durch einen erfahrenen Pädagogen. Das Modell soll sich allerdings vom aktuellen System der "Beiwagerl"-Lehrer an den AHS, die entweder den Unterricht ihres Betreuungslehrers beobachten oder von diesem beobachtet werden, deutlich unterscheiden. "Das ist ein hochdifferenziertes System, bei dem der Mentor den Junglehrer evaluiert und ihm beibringt, sich selbst zu evaluieren. Das gibt es so noch nicht."

Beim so genannten einjährigen "Induktionsmaster" sollen die Studenten beweisen, dass sie die Methoden wissenschaftlichen Arbeitens auch in der Praxis anwenden können. Als Beispiel nennt Schnider, dass ein Master-Student ein Jahr lang eine Methode zur Verbesserung des sinnerfassenden Lernens in seiner Klasse anwendet und die Erfolge wissenschaftlich beobachtet. Alternativ kann Schnider sich auch vorstellen, dass fünf Publikationen in Fachjournalen zum Master qualifizieren.

Will man neben der Altersgruppe, für deren Unterricht man im Bachelorstudium ausgebildet wurde, noch eine andere Altersgruppe unterrichten können, braucht man dafür einen zweijährigen Master. Das dritte Mastermodell richtet sich an jene, die etwa als Mentor oder Direktor arbeiten wollen

Möglichkeit zum Quereinstieg

Deutlich verbessert werden soll mit der neuen Ausbildung auch die Möglichkeit zum Quereinstieg in den Lehrerberuf. So könnten sich jene, die schon Fachkenntnisse aus der Praxis haben, etwa eine abgeschlossene Lehre, Teile der Fachausbildung anrechnen lassen. Dasselbe soll für jene gelten, die schon eine pädagogische Ausbildung nachweisen können.

Ob die Lehrerausbildung künftig an eigenständigen "Schools of Education" - also Fakultäten an den Unis - oder an selbstständigen Pädagogischen Universitäten stattfinden wird, will Schnider den Einrichtungen selbst überlassen. Fest stehe, dass diese neuen Einrichtungen universitäres Niveau haben müssen, so der Leiter der Vorbereitungsgruppe. Die Idee: Unis wie PH bringen ihre jeweiligen Stärken in die Lehrerausbildung ein. An einer gemeinsamen Einrichtung sollen das Fachwissen von Uni-Lehrenden und didaktisch-pädagogische Kenntnisse von PH-Vortragenden vermittelt werden.

Welche PH bzw. Unis sich dabei zusammenschließen, sollen diese selbst entscheiden. Am Schluss

sollen anstelle der 15 PH und der dutzenden pädagogischen Einrichtungen an den Unis sechs bis sieben neue autonome Lehrerbildungsstätten stehen. Noch unklar ist auch, ob in Zukunft die Lehrenden den Studenten zu den verschiedenen Lehrstätten hinterherfahren oder umgekehrt.

In der Übergangszeit ab 2013 sollen Teams aus den Rektoraten der PH bzw. Unis gemeinsam die Organisation und die jeweiligen Fachexperten die Curricula erarbeiten. Begleitet werden sie dabei von einem Entwicklungsrat, wie er etwa auch die Gründung der Uni Klagenfurt begleitet habe. Die Idee laut Schnider: Die zuständigen Ministerien sagen, welche Kriterien Kindergartenpädagogen oder Lehrer erfüllen müssen, damit diese übernommen werden. Angst davor, dass dann jede Einrichtung lehrt was sie will, hat Schnider nicht. "Natürlich kann die Regierung da Standards vorlegen, immerhin gibt es ein Jahr Kindergarten- und neun Jahre Schulpflicht." (APA)

<http://derstandard.at/1297820313628/Kindergarten-und-Schule-Alle-Paedagogen-muessen-kuenftig-den-Master-machen>

PädagogInnen: Bald ein Nine-to-five-Job?

Kurier

Der Chef der zuständigen Arbeitsgruppe, Ex-VP-Bundesrat Andreas Schnider, fordert nun, dass alle Pädagogen - von der Kindergärtnerin bis zum ...

Plattform EduCare begrüßt die Aussagen des Leiters der Vorbereitungsgruppe zur PädagogInnenausbildung NEU: gleiche Ausbildung für alle PädagogInnen ist großer Fortschritt

Die Plattform EduCare fordert seit vielen Jahren die gemeinsame Ausbildung aller pädagogischen Berufe auf tertiärem Niveau und begrüßt daher die Aussagen des Leiters der Vorbereitungsgruppe zur Neugestaltung der PädagogInnen-Ausbildung in Österreich mit der viele Forderungen der Elementarpädagogik erfüllt werden.

Kernkompetenzen für alle PädagogInnen

Die Anforderungen an PädagogInnen von heute haben sich erheblich verändert. Daher müssen sich auch die Ausbildungsinhalte verändern.

Die ExpertInnenkommission hat richtig empfohlen, dass im Sinne eines verbindenden, den Entwicklungs- und Bildungsprozess junger Menschen als Ganzes betrachtenden pädagogischen Ansatzes, Kernkompetenzen erworben werden müssen, die eine Art „gemeinsame Mitte“ für alle pädagogischen Berufe darstellen.

Diese Kernkompetenzen sind in allen Einsatzfeldern pädagogischer Berufe von ausschlaggebender Bedeutung.

Neue Ausbildungsmodelle sind angedacht und müssen nun umgesetzt werden

Die Orientierung an Kompetenzen bedingt eine Definition von Professionalität, die Wissen, Können und Haltungen in eine dynamische Wechselbeziehung setzt. Zur Ausbildung dieser Professionalität brauchen wir neue Ausbildungsmodelle und keine Ergänzung oder Erweiterung der bisherigen.

Die Kommission hat richtig erkannt, dass alle pädagogischen Berufe das gleiche wissenschaftliche Niveau haben müssen und Ausbildungsinhalte, die sich durch das gesamte Bachelor-Studium ziehen, für alle Pädagogen somit gleich sein müssen.

Damit ist allen PädagogInnen auch die Möglichkeit geboten, im Laufe ihres Berufslebens umzusteigen – einmal Kindergartenpädagogin, immer Kindergartenpädagogin ist damit beendet: neue Lebensplanungen ermöglicht.

Zudem wird mit der Möglichkeit des Quereinstiegs eine überaus wichtige zusätzliche Form der Einbindung von praktischer Erfahrung in die akademische Laufbahn eingebracht.

Den gemeinsam mit den Berufsgruppen und Fachexperten noch zu erstellenden Curricula kommt große Bedeutung zu.

Jetzt ist Zeit, das österreichische Bildungssystem endlich zukunftsfähig zu machen.

Die Plattform EduCare appelliert an die verantwortlichen PolitikerInnen die Erkenntnisse der Vorbereitungsgruppe bzw. der ExpertInnenkommission rasch umzusetzen und darüber nicht die

erforderlichen Änderungen der Rahmenbedingungen zu vergessen, die insbesondere in der Elementarbildung bei weitem nicht gegeben sind.

Qualitätsvolle Elementare Bildung braucht angemessene Rahmenbedingungen.

Dazu gehören insbesondere

- ein flächendeckendes Angebot an elementarpädagogischen Einrichtungen (Krabbelstuben, Kinderkrippen, Kindergärten...), sowie bundesweite Ganztagsangebote;
- bundesweite Qualitätsregelungen für die elementaren Bildungs- und Betreuungseinrichtungen (einheitliches [Bundesrahmengesetz](#) mit einheitlichen Qualitätsstandards);
- die dienst- und besoldungsrechtliche Gleichstellung der KindergartenpädagogInnen mit den LehrerInnen;
- einen verbindlichen Ausbau – und Finanzierungsplan für unsere Bildungseinrichtungen von den Elementarbildungseinrichtungen
- die Erhöhung der öffentlichen Finanzierung aller elementaren Bildungseinrichtungen auf mindestens 1% des BIP.

Bildung ist Zukunft

Bildung bestimmt die Zukunft jedes/jeder Einzelnen, der Gesellschaft insgesamt und der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit Österreichs. Die Fähigkeiten unserer Kinder und Jugendlichen sind der wichtigste „Rohstoff“, den wir haben.

Diesen bestmöglich durch Bildung zu nutzen, ist auch Ausdruck von Generationengerechtigkeit.

Damit Bildung im umfassenden Sinn bestmöglich gewährleistet ist braucht es bestausgebildete (Elementar-) Pädagogen/innen vom Anfang an. Es ist hoch an der Zeit, dass die frühe Bildung einen angemessenen Platz im österreichischen Bildungssystem bekommt!

Jede Investition in die frühe Bildung ist eine Investition in unsere Zukunft!

Rückfragen:

Mag.^a Dr.ⁱⁿ Heidemarie Lex-Nalis

E-Mail: Heide.Lex-Nalis@Plattform-EduCare.org

Kinderfreunde: Ja zur gemeinsamen PädagogInnenausbildung

Wien (ÖTS) - Die Österreichischen Kinderfreunde begrüßen die Ergebnisse der Vorbereitungsgruppe zur PädagogInnenausbildung neu ausdrücklich und sehen viele ihrer Forderungen erfüllt.

"Was der Leiter der Gruppe, Andreas Schnider, angekündigt hat, ist ein Meilenstein in der Aufwertung der Elementarpädagogik", zeigt sich Gernot Rammer, Bundesgeschäftsführer der Österreichischen Kinderfreunde erfreut. Damit würden künftige ElementarpädagogInnen nicht wie bisher über eine Ausbildung auf Maturaniveau verfügen, sondern eine mit allen anderen LehrerInnen gleichwertige Hochschulausbildung. "Das wird entscheidende Qualitätsimpulse im elementaren Bildungsbereich bringen und damit gegen die soziale Selektivität des Bildungssystems wirken", so Rammer weiter.

Doch auch für die 10- bis 14-Jährigen sieht Rammer im Vorschlag der Arbeitsgruppe einige Verbesserungen: "Eine einheitliche Ausbildung der LehrerInnen auf Masterniveau ist der erste Schritt für eine gemeinsame, einheitliche Mittelstufe." Damit bewege man sich einen Schritt weiter zur Verwirklichung einer langjährigen Forderung der Kinderfreunde und vieler anderer BildungsexpertInnen. "Wir Kinderfreunde sehen die gemeinsame Ausbildung der 10- bis 14-Jährigen nach wie vor als eine der wichtigsten Maßnahmen in der Bildungsreform", so Rammer abschließend.

Rückfragehinweis:

Mag. (FH) Daniel Bohmann, Pressereferent der Österreichischen Kinderfreunde
Tel.: 01 / 512 12 98 / 60, 0699/19529488, daniel.bohmann@kinderfreunde.at

ÖH fordert nicht-berufsbegleitenden Master bei PädagogInnenbildung NEU - Qualitätsverlust durch Doppelbelastung Beruf und Master

Wien (ÖTS) - Mit gemischten Gefühlen reagiert die Österreichische HochschülerInnenschaft auf die heute verlautbarten Eckpunkte der LehrerInnenbildung NEU. "Die ÖH begrüßt, dass künftig alle PädagogInnen vom Kindergarten bis zur Schule ein Masterstudium abschließen sollen", so Thomas Wallerberger vom Vorsitzteam der ÖH Bundesvertretung. "Wir stellen uns das von Karl geforderte "Upgrade für alle PädagogInnen" allerdings anders vor - der Master darf auf keinen Fall berufsbegleitend sein. Die Reform der PädagogInnenbildung droht zur Husch-Pfusch-Aktion zu werden, nur um auf den aktuellen LehrerInnenmangel zu reagieren", so Wallerberger weiter.

"Das BA/MA-Regelstudium muss eine rein pädagogische, fachdidaktische und fachwissenschaftliche Ausbildung mit ausreichend Praxis sein. Die Induktionsphase darf erst nach dem nicht-berufsbegleitenden Master erfolgen", so Sigrid Maurer vom ÖH-Vorsitzteam. "Die angehenden LehrerInnen dürfen nicht zu schnell in die Schulen geworfen werden - eine echte fundierte wissenschaftliche Ausbildung ist mit dem Bachelorabschluss noch nicht gegeben. Arbeitende Studierende sind einer enormen Doppelbelastung ausgesetzt, unter der die Qualität der pädagogischen Praxis dauerhaft leidet", so Maurer weiter.

"Im Zuge der PädagogInnenbildung NEU darf es nicht zur Einführung von Zugangsbeschränkungen in Lehramtsstudien kommen. Lehren muss man lernen - man kann nicht vor der Ausbildung beurteilen, ob jemand später ein guter Pädagoge oder eine gute Pädagogin wird", so Mirijam Müller, ÖH-Generalsekretärin. "Mit der PädagogInnenbildung muss unbedingt gleichzeitig das Dienst- und Besoldungsrecht reformiert werden - Ministerin Heinisch-Hosek hat es immer noch nicht geschafft, dass der Bachelor im öffentlichen Dienst als vollwertiger akademischer Abschluss anerkannt wird", so Müller abschließend.

Rückfragehinweis:

Österreichische HochschülerInnenschaft (ÖH)
Georg Garstenauer, Pressesprecher
Tel.: 0676 888 52 212
<mailto:georg.garstenauer@oeh.ac.at>
<http://www.oeh.ac.at/>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/144/aom>

*** ÖTS-ÖRIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWÖRTUNG DES AUSSENDERS - WWW.ÖTS.AT ***

Walser zu Lehramtsausbildung: Vorschläge der Schnider-Kommission weisen in die richtige Richtung - Grüne verlangen verpflichtenden Master-Abschluss für alle

Wien (ÖTS) - "Die Vorschläge der Schnider-Kommission zur Neugestaltung des Lehramtsstudiums weisen prinzipiell in die richtige Richtung", zeigt sich Harald Walser, Bildungssprecher der Grünen, erfreut über die heute vorgestellten Überlegungen. Gleichzeitig aber ist Walser über eine Änderung in letzter Sekunde erstaunt. Schnider hatte bislang eine Verschränkung der Ausbildung vom

elementarpädagogischen Bereich bis zur Sekundarstufe I angedacht, das heißt eine Überlappung der Altersgruppen, für die PädagogInnen ausgebildet werden. Diese ist nun gefallen. "Diese Verschränkung hätte zu einer Entschärfung der jetzigen Schnittstellenproblematik geführt und die Reformresistenz der Betonfraktion unterlaufen." Ein berufs begleitendes Masterstudium sollte die Ausnahme und nicht die Regel sein und stellt aus Sicht der Grünen nur eine Notlösung für den bevorstehenden Lehrkräftemangel dar: "Wir wollen eine Masterausbildung für alle. Eine achtsemestrige Bachelor-Ausbildung birgt zumindest teilweise die Gefahr eines Downgradings." Zudem verlangen die Grünen umgehend die Einrichtung von Lehrstühlen für Elementar- und Grundschulpädagogik sowie Didaktik an allen niversitäten, um eine entsprechende wissenschaftliche Qualität der Ausbildung sicherzustellen.

"Ich erwarte mir von der Regierung auch eine klare Vorstellung, in welcher Form die Pädagogischen Hochschulen mit den niversitäten verschränkt werden können. Hier sind mir die Vorschläge der Schnider-Kommission viel zu vage", so Walser abschließend.

Rückfragehinweis:

Die Grünen
Tel.: +43-1 40110-6697
presse@gruene.at

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEANSENDEUNG INTERANSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES ANSENDERS - WWW.OTS.AT ***

Herr und Frau Master im Kindergarten. Auch KindergartenpädagogInnen sollen künftig einen Master vorweisen können - Wer die höheren Gehälter bezahlen soll, ist unklar.

Von der KindergartenpädagogIn bis zur AHS-LehrerIn sollen künftig alle PädagogInnen über einen Masterabschluss verfügen. Neben einer Basisausbildung, die für alle gleich sein wird, soll in weiterer Folge die Ausbildung gesplittet werden. Der Studienplan wird abgestimmt auf die jeweilige Altersgruppe, die man in Zukunft betreuen/unterrichten will. nterrichten darf man schon nach dem vierjährigen Bachelorstudium. Junglehrer, die nach fünf Jahren den Masterabschluss nicht vorlegen können, fliegen raus.

Mit einer hochwertigen Ausbildung für alle PädagogInnen konkretisiert die Bundesregierung eine Idee, die Bildungsexperten schon seit vielen Jahren fordern. Ob es bloß bei einer Idee bleibt, oder ob diese auch tatsächlich umgesetzt werden kann, wird sich zeigen. Denn: Wer von den PädagogInnen eine höhere Ausbildung erwartet, wird sie auch besser bezahlen müssen. Volksschul- und Hauptschullehrer müssten dann mehr Geld bekommen. Aber allen voran bei den KindergartenpädagogInnen müsste es zu einem ordentlichen Gehaltssprung kommen.

De facto gilt derzeit die Formel: Je jünger die Kinder, desto niedriger ist die Ausbildung der PädagogInnen, die sie betreuen, desto schlechter ist auch ihre Bezahlung. Bedenkt man, dass gerade die ersten Lebensjahre entscheidend sind, ist dieses Model natürlich verheerend.

Woher das Geld für die zukünftig besser ausgebildete KindergartenpädagogInnen kommen soll ist allerdings schleierhaft. Schon jetzt sparen die Länder massiv bei den Kindergärten. Gerade für die Kleinsten gibt es viel zu wenig Plätze. In der Steiermark ist der Kindergarten nicht mehr gratis, weil der Bund die Anstoßfinanzierung für den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen im Jahr 2011 ausgesetzt hat. Der Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen ist deutlich höher als das Angebot.

Dass die Regierung ihre ambitionierten Pläne umsetzen kann ist äußerst wünschenswert. Angesichts der drastischen Einsparungen bei der Kinderbetreuung, in den Schulen und auch an den niversitäten drängt sich jedoch der Verdacht auf, dass es irgendwann heißt: "Die Höherqualifizierung aller Pädagogen können wir uns doch nicht leisten".

Katrin Burgstaller, derStandard.at - <http://derstandard.at/1297820350886/Herr-und-Frau-Master-im-Kindergarten>

Neues Lehrerdienstrecht soll gemeinsam mit der neuen Ausbildung 2012/13 in Kraft treten: Neue Lehrer, neue Bezahlung

Bis zum Schuljahr 2012/13 sollte – wenn alles gut geht – das neue Dienst- und Besoldungsrecht für Lehrer in Kraft sein. Das hofft jedenfalls Unterrichtsministerin Claudia Schmied. Gleichzeitig mit dem Dienstrecht soll auch die neue Lehrerausbildung starten.

Schmied hat am Dienstag in einem Abstimmungsgespräch mit Beamtenministerin Gabriele Heinisch-Hosek, Finanzstaatssekretär Reinhold Lopatka und ÖVP-Bildungssprecher Werner Amon die Verhandlungen in sechs Themen aufgeteilt: Berufsbild, Definition Funktionslaufbahn, Besoldungsmodelle, mittleres Management und Schulleitung, Verwaltungspersonal und Übergangsbestimmungen.

Mehr Zeit in der Klasse

Das neue Lehrerdienstrecht soll leistungsorientiert sein, die Bezahlung soll nach Funktionen erfolgen. Wegkommen will man im Unterrichtsministerium auch vom derzeitigen System der Berechnung, in dem die Arbeitszeit in Lehrverpflichtung, Vor- und Nachbereitung aufgeteilt ist.

Naturgemäß wird auch die Anwesenheit der Lehrer in der Klasse ein Thema sein. Dass die Unterrichtszeit verkürzt wird, kann Schmied sich nicht vorstellen. Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Lehrer an den berufsbildenden mittleren und höheren Schulen, Jürgen Rainer, hatte im Februar eine Verkürzung Wochenarbeitszeit von 40 auf 38 Stunden gefordert – und zwar durch eine Kürzung der Lehrverpflichtung von 20 auf 19 Stunden.

Mit der Lehrgewerkschaft will sich die Regierung noch vor Ostern zusammensetzen. Einen Termin dafür gibt es noch nicht. Walter Riegler, Vorsitzender der Pflichtschullehrer-Gewerkschaft hätte es für sinnvoller gehalten, "von Haus aus eingebunden zu sein". Rainer geht davon aus, dass die Gewerkschaft demnächst ein "konkretes Angebot" von Regierungsseite vorgelegt bekommt.

Die Unterrichtsministerin hält den jetzigen Zeitpunkt für ein "window of opportunity" für das neue Dienstrecht. Schließlich gehen in den nächsten Jahren 60.000 Lehrer in Pension. Das könnte sich, so hofft man, auf die Finanzierung auswirken. Denn es ist geplant, die Anfangsgehälter deutlich höher anzusetzen als derzeit, dafür soll sich die Gehaltskurve später abflachen.

Kindergärtnerinnen

Ob auch die Kindergärtnerinnen in das neue Dienstrecht fallen werden, ist noch völlig offen. Zwar sollen künftig alle Pädagogen – vom Kindergarten bis zur Schule mit Maturaabschluss – dieselbe Ausbildung erhalten, aber ob sich das auch auf die Bezahlung auswirkt, muss mit den Ländern verhandelt werden. Die Kindergartenpädagoginnen bezahlen nämlich die Länder. "Wir können nicht über den Kopf der Länder hinweg entscheiden", sagte Schmied.

Master für alle Lehrer

Recht weit scheint unter dessen auch die Arbeitsgruppe zur neuen Lehrerausbildung zu sein. Andreas Schnider, der Leiter der Gruppe, hat einen Zwischenbericht vorgelegt, der einen Master für alle Lehrer vorsieht. Nach der Bachelor-Ausbildung folgt ein Induktionsjahr an den Schulen, danach muss innerhalb von fünf Jahren – berufsbegleitend – der Master abgelegt werden.

Lehrermangel in Wien

Gegen den Lehrermangel sammelt die Wiener ÖVP derzeit Unterschriften. In Wien müssen aufgrund des Stellenplans des Bundes 160 Pflichtschullehrer eingespart werden. ÖVP-Chefin Christine Marek fordert, dass das Land die Kosten für diese 160 Lehrer übernimmt und nicht einspart.

Stadtschulratspräsidentin Susanne Brandsteidl betonte, es würden Überstunden abgebaut, Doppelbesetzungen teilweise aufgelöst und Lehrer nicht mehr in der Unterrichtszeit fortgebildet. Inverbindliche Übungen würden nicht gestrichen.

<http://www.wienerzeitung.at/DesktopDefault.aspx?TabID=3858&Alias=wzo&cob=550025>

Bildung: Familienverband legt umfassendes Reformpapier vor

Präsentation des Konzepts "Bildung JETZT!" des Katholischen Familienverbands - Autonomie der Eltern wahren, Niveau der Matura heben

Wien (KAP) Mit einem umfassenden Reformpapier schaltet sich der Katholische Familienverband Österreichs (KFÖ) in die laufende Debatte um Bildungsreformen ein. Das Konzept mit dem Titel "Bildung JETZT!" verstehe sich als "Grundsatzpapier", das "Visionen, aber auch konkrete Forderungen" zur Bildungspolitik enthält, so Familienverbandspräsident Clemens Steindl bei der Präsentation des Papiers am Dienstag in Wien. Das Konzept umfasst Strukturfragen ebenso wie Schulorganisation, Personalfragen und die Kooperation mit Eltern als "Bildungspartner".

Bei allen Reformen müsse das Ziel die "bestmögliche Bildung für das Kind" sein, so Steindl. Dabei sei die Autonomie der Eltern unbedingt zu beachten. Eltern seien als "Bildungspartner" zu begreifen, die auf allen Ebenen in die Schulkarriere ihrer Kinder einbezogen werden müssten.

Konkret spricht sich der KFÖ für eine Beibehaltung eines differenzierten Schulsystems aus, da nur dies die beste Förderung individueller Begabungen ermögliche. Notwendig sei jedoch eine Verbesserung der "Nahtstellen" zwischen den einzelnen Schulformen, um die soziale Durchlässigkeit zu erhöhen, so die Vorsitzende des Wiener Familienverbandes, Mechtild Lang.

Ganztagesangebote und Matura-Reform

Im Blick auf den Schulversuch der "Neuen Mittelschule" unterstrich Lang, dass der prinzipielle Weg - d.h. die Intensivierung der Schülerbetreuung, die bessere Ausstattung der Schulen etc. - der richtige sei, die gewählte Form allerdings dem nicht genüge. "Es genügt nicht, die Schüler einfach in eine Klasse zu packen, das allein ist noch kein pädagogisches Konzept", so Lang.

Im Blick auf das Personal und die Lehrenden spricht sich das KFÖ-Papier für eine Verbesserung der Lehrerbildung und der Weiterbildung auf universitärem Niveau aus. Außerdem sollten die Schulen im Bereich der Personalpolitik eine Teilautonomie bekommen. Ausgebaut werden sollten auch die Ganztagesangebote an den Schulen - stets jedoch unter Wahrung der Elternautonomie, mahnte Lang. Neben den regulären Unterricht müssten sportliche und musische Zusatzangebote treten sowie eine Hausaufgabenbetreuung.

Schließlich plädiert der KFÖ für eine Reform der Matura. Um die Reifeprüfung "auf europäisches Niveau zu heben", brauche es einheitliche verpflichtende Bildungsstandards, so Lang. Derzeit seien die Abschlüsse - wenn auch auf dem Papier gleichlautend - oftmals sehr unterschiedlich in der Qualität.

Scharfe Kritik an "Ökonomisierung"

"Der Zeitpunkt für eine umfassende Schulreform ist günstig", so Steindl, "da viele Menschen das Parteien-Hickhack satt haben". Aus diesem Grund bedürfe es eines Neudenkens von Bildung. Kritik formulierte Steindl an einer nur mehr auf "Ökonomisierung" und "Verwertung" ausgerichteten Bildungspolitik, die sich einem "PISA-Diktat" unterwerfe. Dies habe mit einem umfassenden Bildungsideal nichts mehr zu tun.

In diesem Kontext erneuerte Steindl auch seine Kritik am "Bildungsvolksbegehren" von Hannes Androsch. Auch wenn das Begehren die "Chance zu einem Aufbruch" biete, so unterstütze der Familienverband das Anliegen dennoch nicht, da seine parteipolitische Unabhängigkeit nicht gewahrt sei, es "vernebelnde Formulierungen" enthalte und vor allem einer "weiteren Ökonomisierung und Instrumentalisierung von Bildung Tür und Tor öffnete", so Steindl.

Bildung: Familienverband legt umfassendes Reformpapier vor
15.03.2011

Im Download: O-Ton-Paket mit KFÖ-Präsident Clemens Steindl zur Präsentation des neuen
Bildungskonzepts des Katholischen Familienverbands Österreichs (KFÖ).

» [weitere Informationen](#)

<http://www.kathweb.at/site/nachrichten/database/38086.html>

"Bildung jetzt": Familienverband präsentiert Konzept - derStandard.at

Wien - Ein "Neudenken von Bildung" forderte der Katholische Familienverband Österreich (KFÖ) heute, Dienstag, bei der Vorstellung eines Konzepts mit dem Titel "Bildung Jetzt!". Das von KFÖ-Präsident Clemens Steindl als "Grundsatzpapier" bezeichnete ...

Familienverband für differenziertes Schulsystem - DiePresse.com

Der Katholische Familienverband spricht sich in seinem Bildungskonzept für die Beibehaltung des differenzierten Systems und eine Matura-Reform aus. Ein "Neudenken von Bildung" forderte der Katholische Familienverband Österreich (KFÖ) heute, Dienstag, ...

Volksbegehren "Österreich darf nicht sitzenbleiben"

[ORF.at](#)

Er sammelt Unterschriften für das Bildungsvolksbegehren "Österreich darf nicht sitzenbleiben". Und da die Steiermark nach Wien Österreichs zweitgrößter ...

"Paradigmenwechsel wird zehn bis 15 Jahre dauern ..."

Kampagnenleiterin Ingrid Vogl im Video-Interview mit Petra Stuibler über das **Bildungsvolksbegehren**. Petra Stuibler, Ressortleiterin Chronik bei DER STANDARD, ...

[derstandard.at/.../Espresso-Lounge-Paradigmenwechsel-wird-z...](#)

Jetzt auch in Salzburg für das Bildungsvolksbegehren ...

„Ich hoffe, dass das **Bildungsvolksbegehren** ein großer Erfolg wird“, so Gallei und ergänzt: „Es braucht leider den öffentlichen Druck, damit auch die letzten ...“

www.spoee-salzburg.at/content/archiv.php?cat...

BUNDESLÄNDERMELDUNGEN, BUNDESVERFASSUNGSREFORM, VERWALTUNGSREFORM

Gesetze Bundesländer

Bundeskanzleramt RIS Informationsangebote

Krankjammern bringt uns nicht weiter, gesundbeten auch nicht - Diskussion „Reformstau in Österreich“

Für Reformen lassen sich derzeit viele Themen finden – zum Beispiel Bildung, Gesundheit, Föderalismus und einige andere mehr. Österreich hat in allen Bereichen Reformmöglichkeiten und auch -bedarf. Darüber diskutierten Mittwochabend im RaiffeisenForum der Raiffeisenlandesbank Ö Dr. Christoph Leitl, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich und des Instituts Wirtschaftsstandort Oberösterreich, Dr. Claus Raidl, Präsident der Österreichischen Nationalbank, der Industrielle Dr. Hannes Androsch, IV-Ö Präsident DI Klaus Pöttinger, Raiffeisenlandesbank Ö Generaldirektor Dr. Ludwig Scharinger und RLB Ö-AL-Sichtspräsident NR Jakob Alzer. Die Diskussion führte Univ.-Prof. Dr. Friedrich Schneider.

Leitl: Reformen, um nicht überholt zu werden

Für Wirtschaftskammerpräsident Dr. Christoph Leitl ist es höchste Zeit, den Reformstau zu beenden: „Wir haben niedrige Wachstumsraten, eine überalternde Gesellschaft, aber höchste Ansprüche.“ Werden keine Reformen

eingeleitet, „gefährden wir die Zukunft der nächsten Generationen“. Österreich laufe Gefahr, wirtschaftlich zurück zu fallen: „Wenn wir zum Beispiel die Dynamik in Singapur sehen, wissen wir, dass die uns in fünf bis zehn Jahren um die Ohren fahren werden, dass wir nur so schauen.“ Insbesondere die Länder Südostasiens beweisen hohe Innovationskraft und gerade China besetze weltweit wichtige Zukunftspositionen.

Vorhandene Reformkonzepte verstauben

Entsprechende Konzepte mit Reformvorschlägen lägen bereits auf dem Tisch, würden jedoch verstauben, meinte Leitl. Von den Sozialpartnern gibt es ein fertiges Konzept zur Bildung, eines zur Gesundheits- und Spitalsreform vom Hauptverband der Sozialversicherungsträger und eines zur Staatsreform von Franz Fiedler auf Basis der Ergebnisse des Österreichkonvents. Der Wirtschaftskammer- und IWS-Präsident ortet darüber hinaus hunderte Millionen Euro Sparpotenzial durch die Kooperationen von Gemeinden: „Dieses Geld könnte man beispielsweise in Bildung stecken.“ Entscheidend sei auch, die Abläufe zu optimieren und so die Effektivität in der Verwaltung zu erhöhen.

Positive Bewegung

Als Ursache für den Reformstau sieht Leitl die Angst vor Veränderungen: „Es muss daher gelingen, mit Veränderungen Begeisterung und Motivation zu verbinden, damit wir eine bessere Zukunft haben.“ Österreich müsse seine Lethargie überwinden und brauche eine positive Bewegung im ganzen Land.

Androsch: Stillstand überwinden

„Nur krankjammern und gesundbeten, bringt uns nicht weiter. Wir müssen diagnostisch arbeiten, sonst kommen wir zu keiner Therapie“, betonte der Industrielle und Initiator des Bildungsvolksbegehrens Dr. Hannes Androsch. In Österreich sei das Wohlstandsniveau derzeit noch sehr hoch. „Wer jedoch glaubt, dass wir das gepachtet haben, der irrt“, so Androsch. Für den ehemaligen Vizekanzler besteht in der derzeitigen Koalition ein „politisches Kräfteparallelogramm, durch das sich nichts Wesentliches bewältigen lässt“. Daher muss der Bürger selbst tätig werden, um den Stillstand zu überwinden, die Blockaden aufzubrechen und im Interesse nachfolgender Generationen zu handeln. „Das ist keine Rebellion gegen politische Entscheidungsträger, sondern eine Unterstützung, aus der gegenseitigen Lähmung herauszukommen“, so Androsch.

„Terror des Status quo durchbrechen“

Österreich habe eines der teuersten Schulsysteme in der OECD, bei den PISA-Tests jedoch sehr schlecht abgeschnitten. Die PISA-Ergebnisse waren für Androsch ein alarmierender Weckruf und haben gezeigt, dass „das System der Landeslehrer im Pflichtschulbereich glanzvoll abgestürzt ist“. Mit seinem Bildungsvolksbegehren will Androsch den „Terror des Status quo durchbrechen“, denn „Bildung ist der Rohstoff, aus dem Zukunft gemacht wird“. Er kritisierte in diesem Zusammenhang auch, dass die Interessen der Schüler und Lehrer zu wenig in die aktuelle Diskussion der Bildungsreform eingebracht werden. Für dringend notwendig hält Androsch auch die Spitalsreform und eine Änderung der Frühpensionierungsregelung: „Denn hier rinnt nur Geld hinein. Das verbratene Geld fehlt uns in der Bildung.“

Raidl: Regierung blockiert sich gegenseitig

„Die große Koalition kann leider zu keinen großen Lösungen mehr kommen. Die Mitglieder der Regierung blockieren sich gegenseitig“, ist Dr. Claus J. Raidl, Präsident der Österreichischen Nationalbank, überzeugt. Das liege vor allem auch daran, dass die zwei Regierungsparteien außer in der Krise bei jedem Reformthema völlig unterschiedliche Ausgangspositionen haben. Jede mögliche Maßnahme werde nur daraufhin analysiert, ob man nicht „eventuell ein halbes Prozentpunkter!“ in der Wählergunst verliere. „Man schießt nur auf Umfragen und auf die Medien und schaut nicht auf das, was für unser Land gut wäre.“

Extremer Föderalismus als Reformbremser

Raidl forderte umfassende Neuregelungen bei der Verteilung der Kompetenzen zwischen Bund, Länder und Gemeinden. „Zehn gesetzgebende Körperschaften können wir uns in diesem kleinen Land auf Dauer nicht leisten. Die Gemeinden sollten zulasten der Länder gestärkt werden, die Bezirkshauptmannschaften könnte man dafür abschaffen. Wir brauchen nicht neun Landtage inklusive Landesräte. Was wir brauchen, ist ein direkt gewählter Landeshauptmann und ein gewähltes Forum ohne Gesetzgebungskompetenz als Kontrollgremium.“ Dänemark zeige vor, was alles machbar ist: „Dänemark hat aus 14 Regionen fünf gemacht und aus 276 Gemeinden 98.“

Druck auf Politik wichtig

Um Lösungsansätze müsse sich der Bürger in der derzeitigen Entwicklung vor allem auch selbst kümmern, glaubt der Nationalbank-Präsident: „Auf die Einsicht der Politiker brauchen wir nicht zu warten, ich erinnere nur an die Verstaatlichtenkrise. Auf eine große Krise zu warten, wäre zynisch. Daher müssen die Bürger die Politik im Rahmen der Verfassung und mithilfe der neuen Kommunikationsmittel dazu bewegen, Veränderungen herbeizuführen.“

Konkrete Lösungsvorschläge

Raidl glaubt nicht „an den großen Wurf“. Viel besser wäre es, wenn sich die Politik pro Jahr einzelne Punkte vornimmt. „Es geht bei der Schulreform unter anderen um die Abschaffung der Landesschulräte und Bezirksschulräte, weil das eine klassische Parallelverwaltung darstellt. Darüber hinaus sollte die Spitalsreform als Bundeskompetenz diskutiert werden. Wir haben derzeit neun Landeskrankenanstalten-GesmbHs – das ist eindeutig zu viel. Wenn man diese und andere Punkte nacheinander abarbeitet, würde das unserem Land enorm viel bringen.“

Pöttinger: Politik muss wie Wirtschaft arbeiten

Die Lösungen für die Probleme seien schon seit Längerem am Tisch, ist DI Klaus Pöttinger, Präsident der Industriellenvereinigung OÖ, überzeugt. Aber das System habe eine Schiefelage: „Stabilität wird sehr viel mehr honoriert als die mühsame Plage der Veränderungsleistung. Das Polemisieren beim Thema Gemeinden ist dafür ein gutes Beispiel.“ In der Politik müsse verstärkt gedacht und gehandelt werden wie in der Wirtschaft: „Auch im öffentlichen Sektor brauchen wir eine Qualitätskontrolle. Es kann nicht immer sein, dass jede Verbesserung mit einem höheren finanziellen Aufwand oder mit Steuererhöhungen verbunden ist.“ Pöttinger ortet aber auch ein Fehlverhalten bei den Bürgern. „Wir haben eine zu passive Zivilgesellschaft. Wie lange lassen wir uns diesen permanenten Wahlkampf noch gefallen? Es geht uns auf dem Schiff Europa, das langsam nach unten gleitet, anscheinend noch zu gut. Da werden wir erst hart aufschlagen müssen.“ Veränderungsprozesse müssen auch im bestehenden System stattfinden können. „Beamte sollten Vorschläge machen dürfen, um einen Prozess für Veränderungen einzuleiten.“

Auer: Gemeindekooperationen funktionieren

Auch Nationalrat und Raiffeisenlandesbank OÖ-Aufsichtspräsident Jakob Auer sieht eine Notwendigkeit zum Bürokratieabbau. Einer seiner Lösungsansätze ist die Einführung des Mehrheitswahlrechtes, „um Blockaden in einer Koalition zu beseitigen“. Auer, der 32 Jahre lang Bürgermeister von Fischlham war, sprach sich gegen eine zwangsweise Zusammenlegung von Gemeinden aus: „Viele Beispiele haben schon gezeigt, dass so etwas nicht funktioniert.“ Bei diesem Thema müsse außerdem beachtet werden, dass die Pro-Kopf-Ausgaben einer Gemeinde steigen, je höher die Einwohnerzahl ist. In Oberösterreich gebe es aber viele positive Beispiele, wo Gemeindekooperationen hervorragend funktionieren würden.

Scharinger: Schnellere Genehmigungen sind wichtig

Dr. Ludwig Scharinger, Generaldirektor der Raiffeisenlandesbank OÖ, ortete einen Reformstau vor allem auch bei der Erteilung von Genehmigungen und Bewilligungen: „Alle sprechen von Bürokratieabbau, geben aber bei diversen Investitionsbewilligungen allem Möglichen und Unmöglichen eine Parteistellung. Und dann ärgern wir uns, dass Bewilligungen und Genehmigungen oft zu lange dauern, dass wir die so lange ersehnten Investitionen erst stark verspätet tätigen können.“ Auch Scharinger sieht Potenzial bei der Föderalismusreform: „Doppelkompetenzen zwischen den Körperschaften - Gemeinden, Länder und Bund - müssen wir abschaffen. Da braucht es eine klare Formulierung, was sie zu tun und wahrzunehmen haben.“

Positives stärker transportieren und Vorbilder schaffen

So wichtig das Sparen gerade in der heutigen Zeit sei, dürfe aber auch auf das qualitative Wachstum nicht vergessen werden. „Den Kostenstaubsauger einsetzen und Positives verstärkt transportieren, würde in der Bevölkerung viel auslösen.“ Darüber hinaus müssten auch - vor allem für die Jugend - Vorbilder geschaffen werden. „Warum sind manche Privatschulen so gefragt? Weil es dort weniger Verbürokratisierung und mehr Lehrerpersönlichkeiten gibt, die als ordentliche Vorbilder die jungen Menschen unterrichten.“ Handlungsbedarf sieht Scharinger auch beim Thema Pensionen: „Wir sind immer länger in Ausbildung, arbeiten immer kürzer, werden aber immer älter. Das kann sich auf Dauer kein Pensionssystem leisten. Wir haben hochgerechnet, dass ein Jahr länger arbeiten der öffentlichen Hand und dem Sozialversicherungsträger 1,7 Milliarden Euro Ersparnis bringen würde. Hier müssen wir in der Bevölkerung Bewusstsein schaffen und entsprechend handeln.“

http://www.rlbooe.at/eBusiness/rai_template1/1006620717681-92587990016073178-717604449714683378-NA-2-NA.html

BURGENLAND



Burgenland: www.burgenland.at

Meldungen: keine

KÄRNTEN



Kärnten: www.ktn.gv.at

Meldungen: keine

NIEDERÖSTERREICH



Niederösterreich: www.noe.gv.at

Meldungen:

Polit-Tauziehen um Kindergärten

NÖN Online

BILDUNGSVOLKSBEGEHREN / Volksbegehren sieht Kindergärten in Bundesverwaltung. SPÖ kann sich das vorstellen, ÖVP ist strikt dagegen. VON MARTIN GEBHART Feierlich unterzeichneten SPÖ-Landeshauptmannstellvertreter Josef Leitner und sein Klubobmann Günther ...

BERÖSTERREICH



Oberösterreich: www.ooe.gv.at

Meldungen: keine

SALZBURG



Salzburg: www.salzburg.gv.at

Meldungen: keine

STEIERMARK



Steiermark: www.steiermark.at

Meldungen:

Land Steiermark auf Reformkurs - SPÖ Steiermark

Dank vieler richtiger Entscheidungen der steirischen Wirtschaft und richtig gesetzter Beschäftigungsprogramme ist es uns gelungen, die Wirtschaftskrise in ...

www.stmk.spo.at/steiermark/.../land-steiermark-auf-reformku...

Grossmann: "Bescheidener" Beitrag

Ihr Beitrag zur Budgetkonsolidierung sei bescheiden, räumte Grossmann ein. Finanzlandesrätin Bettina Vollath (SPÖ) forderte im Bildungsressort knapp 12,5 Mio. Euro an Einsparungen. Das geht

sich heuer mit knapp 4,7 Mio. Euro nicht einmal annähernd aus. Nächstes Jahr sollen laut Grossmann um knapp 8,8 Mio. Euro weniger ausgegeben werden.

Kindergarten als einziger großer Brocken

Die Einsparungen für den Kindergarten-Bereich präsentierte Grossmann bereits Anfang März. Für Fünfjährige und Drei- bis Fünfjährige bei einem Familiennettoeinkommen unter 1.500 Euro bleibt die Betreuung weiterhin gratis.

→ <http://steiermark.orf.at/stories/504457/>

Details zum Steirer-Sparkurs: Mehr für Feinstaubbekämpfung, weniger für Bildung

Elisabeth Grossmann, SPÖ-Landesrätin für Bildung, Familie und Jugend, gab - der Standard berichtete - schon vor ihrer Pressekonferenz am Dienstag bekannt, dass der Gratiskindergarten für Eltern, die zusammen mehr als 1500 Euro verdienen, ab September abgeschafft wird. Das ist auch der größte Brocken der Kürzungen in Grossmanns Ressorts.

<http://derstandard.at/1297820498437/Details-zum-Steirer-Sparkurs>

AUFRUF DER PLATTFORM 25 - 25. März 2011, 15.00 Uhr, Südtiroler Platz – Protest gegen Landesbudget in Graz

Die steirische Landesregierung ist entschlossen, im April ein Budget zu beschließen, das zu drastischen Kürzungen im Gesundheits-, Bildungs-, Sozial- und Kulturressort führen wird. Dabei haben viele Betroffene bereits einen hohen Preis für die Wirtschaftskrise der vergangenen Jahre zahlen müssen. Eine Debatte darüber wird erst gar nicht zugelassen, dabei treffen die geplanten 25 % Kürzungen gerade jene am härtesten, die auf eine Unterstützung durch die Politik am meisten angewiesen wären. Einige der geplanten bzw. bereits beschlossenen Maßnahmen umfassen:

- Kürzung der Mittel für Menschen mit Behinderung
- Einführung von Kindergartengebühren
- Kürzung der Mittel in der Kinder- und Jugendarbeit und -wohlfahrt
- Existenz bedrohende Kürzungen bei zahlreichen Sozial- und Kulturinitiativen
- Wiedereinführung der Rückzahlungspflicht (Regresses) für Angehörige bei Pflegekosten
- Einführung des Regresses für Angehörige von EmpfängerInnen der Mindestsicherung
- Massive Verschlechterung bei der Mindestsicherung gegenüber der Sozialhilfe

Während für Prestigeprojekte und medienwirksame Spektakel ohne mit der Wimper zu zucken riesige Summen ausgegeben werden, werden in anderen Bereichen langfristig tausende Arbeitsplätze vernichtet und Existenzen zerstört. Viele Steirerinnen und Steirer werden allein durch das Belastungspaket der Landesregierung in die Armut gedrängt.

Geld ist genug da. Jenen etwas wegzunehmen, die sich am wenigsten wehren können, erfordert keinen Mut. Ein richtiger Schritt wäre es, endlich von Eventpolitik, Prestigeprojekten und Konzernförderungen abzurücken und eine sozial gerechte Besteuerung großer Vermögen und Finanztransaktionen einzufordern.

Tatsächlich gibt es in Österreich mehr Wohlstand als je zuvor, aber er ist immer ungerechter verteilt. Das ist keine bloße Meinung, sondern eine durch alle einschlägigen Statistiken und Studien wie dem regelmäßig erscheinenden Reichtums- und Armutsbericht bewiesene Tatsache.

Vertreterinnen und Vertreter zahlreicher steirischer Organisationen haben beschlossen, eine Plattform gegen diese Politik zu gründen.

Wir rufen zu einer Demonstration in Graz am Freitag, 25. März 2011, auf, um in der Öffentlichkeit gegen diese Politik zu protestieren.

Treffpunkt ist 15 Uhr am Südtirolerplatz. Die Demonstration führt über den Grieskai zur Neutorgasse und von dort über die Herrengasse zum Hauptplatz.

http://www.facebook.com/profile.php?id=100001042464019#!/home.php?sk=group_100964166651444&view=doc&id=101987373215790

Sparbudget: ÖGB ruft zu Protest gegen SPÖ-ÖVP-Paket

Kleine Zeitung

Die steirischen Landesregierungsparteien müssen mit härterem Widerstand gegen das Spar-Doppelbudget für 2011/2012 rechnen: Der ÖGB Steiermark ruft zum Protest auf. Vom Präsidium des ÖGB Steiermark wurde am Montagvormittag einstimmig die Abhaltung einer ...

Kindergärten werden "entmannt"

In den 70er-Jahren gab es mehr Männer in der Kleinkinderziehung als heute. Wird zu schlecht bezahlt?

Es ist keine Neuigkeit, dass positive männliche Vorbilder, besonders im Kindesalter dringend notwendig wären. Und doch schaut die Realität düster aus. Das macht zumindest die Landesstatistik für Steiermark deutlich.

Im Jahr 1976 arbeiteten in steirischen Kindergärten immerhin 37 Männer. Im Vergleich: Im Vorjahr gab es nur noch 24 männliche Kleinkindpädagogen beziehungsweise Betreuer. Gerade einmal 0,5 Prozent derer, die 3 bis 6-Jährige in wichtigen Entwicklungsphasen unterstützen und fördern, sind somit männlich.

Noch trister das Bild bei den Kinderkrippen. 1973 waren von 20 Betreuern immerhin 3 Männer. Im Vorjahr? Nullkomma-Josef. Kein einziger Mann arbeitete in steirischen Kinderkrippen, dafür aber 683 Frauen.

Kindergärtnerin mit Nebenjob

Mehrere Gründe ortet Brigitte Ruprecht, Vorsitzende der Berufsgruppe steirischer Kindergarten- und Hortpädagogen als Ursache: „Geringes Anfangsgehalt, schlechte Aufstiegschancen und das Image spiegeln den Wert wider, den die Gesellschaft Kindern und Kleinkindpädagogen entgegen bringt. Außerdem ist die Ausbildung zum Kleinkindpädagogen noch immer nicht im Hochschulsektor angesiedelt, obwohl sie dort hingehört. Dann steigen Renommee und Gehalt.“

Zum Vergleich: Bei voller Verpflichtung startet ein Kleinkindpädagoge bei 1.733 Euro brutto, nach 40 Dienstjahren kann man 2.370 Euro erwarten (siehe auch Info). Ein AHS-Lehrer hingegen geht mit rund 5.000 Euro in Pension. Junge Kindergärtnerinnen bekommen oft nur 50 Prozent-Beschäftigungen. „Einige haben sogar Nebenjobs, um finanziell halbwegs über die Runden zu kommen“, bedauert Ruprecht.

Allerdings wird nicht nur bei den Lehrern eine Pensionierungswelle anrollen. In den nächsten Jahren gehen auch viele Kindergärtnerinnen in Pension. „In Wien raufen sich die Institutionen bereits um Personal“, weiß Ruprecht.

Gehalt, ja nach Verwendungsgruppe

Kleinkindpädagogen: 1.733 Euro (Einstiegsgehalt), 2.370 Euro (letztes Dienstjahr)

Volksschullehrer: 1.885 Euro Einstiegsgehalt), 3.893 Euro (letztes Dienstjahr)

Hauptschullehrer: 1.964 Euro Einstiegsgehalt, 4.381 Euro (letztes Dienstjahr)

AHS-Lehrer: 2.157 Euro Einstiegsgehalt, 5.000 Euro (letztes Dienstjahr)

(* Bruttobeträge)

<http://www.woche.at/graz/chronik/kindergaerten-werden-qentmanntq-d33948.html>

TIROL



Tirol: www.tirol.gv.at

Meldungen: keine

VORARLBERG



Vorarlberg: www.vorarlberg.at

Meldungen:

Prävention im Kindergarten und in der Schule

derStandard.at

Die Fitness und das Wissen über Ernährung sollen schon ab dem Kindergarten stärker gefördert werden. Dazu sei eine bessere Vernetzung aller Beteiligten nötig, so Landeshauptmann Herbert Sausgruber, Gesundheits-Landesrat Markus Wallner und Günter Diem, ...

WIEN



Wien: www.wien.gv.at

Meldungen: keine

INKLUSION, INKLUSIVE PÄDAGOGIK, BEHINDERUNG

Deutschland: Wissenschaftler fordern Inklusion

bildungsklick.de

(red)134 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler haben eine Resolution zur Inklusion unterzeichnet. Sie fordern unter anderem ein hochwertiges inklusives Erziehungs- und Bildungssystem im Sinne der UN-Menschenrechtskonvention. ...

JUGENDSCHUTZ / JUGENDWOHLFAHRT

Steirisches Sparbudget: Schnitt bei Jugendwohlfahrt

[Vorarlberg Online - Das Nachrichten Portal](#)

Einschnitte setzt es bei der Jugendwohlfahrt und der Wohnhaussanierung, nur der Bereich Erneuerbare Energien wird leicht aufgestockt. Bei der Jugendwohlfahrt (JWG) bringe eine Senkung von Kostenzuschüssen 0,75 Mio. Euro, sagte Schrittwieser ...

➔ **Siehe auch: AUFRUF DER PLATTFORM 25 - 25. März 2011, 15.00 Uhr, Südtiroler Platz – Protest gegen Landesbudget in Graz**

**PÄDAGOGISCHE
HOCHSCHULEN,
UNIVERSITÄTEN**

Übersicht

Inskription

Kirchliches Lob für neues Masterstudium Erwachsenenbildung

[Kathweb](#)

Der Lehrgang wurde in Kooperation von bifeb, der Weiterbildungsakademie Österreich, dem Unterrichtsministerium, Erwachsenenbildungsexperten und der Universität Klagenfurt entwickelt. Die Module reichen von Schlüsselfragen der Erwachsenenbildungs- bzw. ...

PLATTFORM EDUCARE

Selbstverständnis

Forderungen

Mitglieder

Presse-Aussendungen

WIR DANKEN FOLGENDEN GROSSSPENDERN HERZLICH FÜR DIE FINANZIELLE FÖRDERUNG UNSERER ARBEIT FÜR DIE ELEMENTARPÄDAGOGIK

SPONSOR/INNEN / TRÄGER/INNENEINRICHTUNG	LOGO	SPONSORING
AKTION TAGESMÜTTER KFVT		€ 100,00
DIAKONIE - BILDUNG		€ 100,00
GEWERKSCHAFT DER GEMEINDEBEDIENTETEN (ÖGB-GDG-KMSFB)		€ 100,00
HERZ-MARIEN-KLOSTER WIEN		€ 50,00
KINDERCOMPANY		€ 300,00
KÖCK PRIVATSTIFTUNG		€ 1.000,00
LEBENSHILFE ÖSTERREICH		€ 100,00

MEDIATION ELISABETH PARTL		€ 100,00
MONTESSORIHAUS WIEN- JOANELLIGASSE		€ 100,00
MONTESSORIHAUS WIEN- REISNERSTRASSE		€ 100,00
NEK - NIEDERÖSTERREICHISCHE ELTERNVERWALTETE KINDERGRUPPEN		€ 100,00
PERSONAL- UND ORGANISATIONSENTWICKLUNG IM KINDERGARTEN MAG.^a HEIDI GEKLE-SCHNEEBERGER		€ 100,00
WALDORFBUND ÖSTERREICH		€ 120,00

WIR DANKEN FÜR ALLE PRIVATEN ZUWENDUNGEN, DIE UNS EINE GROSSE HILFE SIND – BIS HEUTE WURDEN VON MITGLIEDERN UND SYMPATHISANTEN/INNEN INSGESAMT AN UNS ÜBERWIESEN: € 1.295,00,00

WALDORFPÄDAGOGIK

Waldorfschulen: Geliebt, gehasst, umstritten derStandard.at

In der Waldorfpädagogik gibt es keine Noten, nur verbale Beurteilungen und kein ... Khol sieht in der Waldorfpädagogik viele Vorteile, er geht sogar soweit, ...

IMPRESSUM UND HINWEISE

Plattform EduCare
Postadresse:
Krausegasse 7a/10
1110 Wien
ÖSTERREICH

Telefon: +43 (664) 73592265
Faxnummer: +43 (1) 7485469

Skype: 

E-Mail: Informationsdienst@Plattform-EduCare.org

Diese Mitteilungen haben ausschließlich Informationscharakter.

Die Plattform EduCare übernimmt daher keine Gewähr für Richtigkeit, Genauigkeit und Qualität der bereitgestellten Information.

Eine Identifikation mit den Inhalten kann aus der Veröffentlichung nicht geschlossen werden, wir schließen jegliche Verantwortung für diese Zitierungen und die darin enthaltenen Inhalte aus.

→ Diese Übersicht ergeht zur Information fallweise auch an in einzelnen Meldungen angeführte E-Mail-Adressen
←

Abmeldung von diesem kostenlosen Service

Bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit Ihrem Namen und Ihrer E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist. ev. einem kurzen Hinweis, wo wir Sie einordnen können. Danke!